

Achim Czulwick
26.11.2018

Rede zum Haushaltsentwurf 2019/2020 am 26.11.2018

Guten Tag Frau Bürgermeisterin,
meine Damen und Herren und liebe Gäste dieser Debatte.

Der hier vorliegende Haushaltsentwurf für die nächsten zwei Jahre soll ein ausgeglichener Haushalt sein, erstmals wieder seit Jahren werden eigene Investitionen getätigt.

Es wird der Eindruck erweckt, als hätte die sogenannte Sanierung der letzte Jahre Erfolg gehabt.

Doch schöngerechnete Zahlen sind das eine, die Realität in der Stadt ist das andere.

Die Kernfrage zur Bewertung des Haushaltsentwurf ist für mich, ob darin eine zukunftsorientierte Politik zu erkennen ist, oder ob es nur um die Fortsetzung der bisherigen Politik unter den Diktat der Verschuldung und Umverteilung geht.

Am Maßstab einer zukunftsorientierten Politik gemessen, wie ich sie für notwendig ansehe, fällt dieser Haushalt durch.

Erstens zur Basis der Zahlen:

Der Haushalt baut darauf, dass die Zinsen unten bleiben, die Schlüsselzuweisungen sich fortsetzen, es keine wesentlichen Einbrüche in der Gewerbesteuer geben wird

Laut Investitionsplan sollen ab 2019 mehr Kredite neu aufgenommen werden, als getilgt werden.

Gleichzeitig weist die Stadt im Dokument Anlagen zum Haushaltplanentwurf 2019-2020 einen kontinuierlichen Schuldenabbau aus.

Aber nicht nur das passt nicht zusammen.

Allein eine Zinserhöhung um nur 1% gegenüber den Annahmen in der Rechnung des Entwurfs, würde bedeuten, dass 2019 statt 4,4 Millionen 7,5 Millionen Euro Zinsen zu zahlen wären und 2020 statt der erwarteten 5,3 Millionen 6,4 Millionen.

Alle führenden Wirtschaftsinstitute im Land haben zudem die Wachstumsprognosen gesenkt, gehen von steigenden Zinsen aus, wir auch der

aktuelle Bericht der OECD.

Liest man diese Berichte genau, erscheinen darin sogar Faktoren für eine neue Weltwirtschafts- und Finanzkrise.

Zweitens zur Finanzierung der Kommunen:

Die Bundes- und Landesregierung kann jederzeit jede kommunale Sanierung zunichte machen, indem der Stadt Aufgaben zugewiesen werden, ohne diese Aufgaben vollständig zu finanzieren.

Das hat System, so wurden und werden die kommunalen Haushalte für die Entlastung der Landes- und Bundeskasse systematisch in die Verschuldung getrieben.

Dieses System der Umverteilung hat den hauptsächlichsten Einfluss darauf, was aus der Verschuldung der Stadt wird, bzw. ob sie überhaupt abgebaut werden kann.

Die bisherigen Mittel aus dem Stabilisierungspakt wurden sogar daran gebunden, für diese Umverteilung kommunalen Gebühren anzuheben.

Dass die Grundsteuer B in Witten 171% über dem Landesdurchschnitt liegt, wurde so erzwungen.

Alles was für den sogenannten Haushaltsausgleich „gespart“ wurde, was als Leistungen verteuert wurde, was an Leistungen abgebaut wurde, und obwohl der kalkulatorische Zins auf irrealen 5,5 % blieb, hat weder die soziale, kulturelle oder allgemein, die Daseinsvorsorge in der Stadt verbessert noch zu einen realen Abbau der Schulden von über 300 Millionen Euro geführt.

Drittens was der Haushaltsentwurf ignoriert um ausgeglichenen daher zu kommen:

Kurz gesagt, er ignoriert den ganzen Umfang des gewaltigen Investitionsstaus.

Aus einer Antwort vom 19.01.2018 auf eine SPD Anfrage geht hervor, dass die Aufwendungen für den Erhalt der Fahrbahnen nicht reichen um den „allgemeinen Werteverzehr“ zu stoppen, dass die „theoretischen Mittel in Höhe von rund 3,7 Mio. Euro“ dafür nicht vorhanden sind.

Ganz zu schweigen von nicht vorhandenen „investiven Maßnahmen“ zur Wertsteigerung“.

Das heißt, dass die Straßen schneller verfallen als sie instandgesetzt werden können.

Daran ändert sich auch nichts mit dem neuen Investitionsplan.

Laut KfW Kommunalpanel 2018 hat sich der Investitionsstau der Kommunen gegenüber 2017 über 20 Prozent erhöht.

Der dort berechnete Investitionsrückstand bezieht sich auf alle Bereiche.

Von der Abfallwirtschaft über die Gesundheitsinfrastruktur, die Kultur, die Straßen und Verkehrsinfrastruktur, die Verwaltungsgebäude, die Wasserver- und entsorgung, die Schulen, die Erwachsenenbildung, die Kinderbetreuung oder den Brand - und Katastrophenschutz.

Es gibt keine Quantifizierung darüber, was objektiv an Investitionen in Witten zu tätigen wäre.

Verschärft wird das, weil es schon jetzt in den Ämtern an Fachpersonal fehlt, weil viele Mitarbeiter der Stadt altersbedingt ausscheiden werden.

Das wird Auswirkungen haben auf die Leistungsfähig der Stadt haben.

Dennoch gibt es nur eine völlig unzureichende Einstellung von gerade mal 23 Azubis, die erklärtermaßen nach der Ausbildung erstmal nicht übernommen werden sollen.

Notwendig wäre mindestens eine Ausbildungsquote von 10% der Gesamtbeschäftigten, um hier perspektivisch zu investieren und gleichzeitig unserer Jugend eine Zukunft zu eröffnen.

Im Umweltbereich soll der Aufwand bis 2020 zwar um 62 % auf 578.767 Euro gesteigert werden.

Die Einnahmen, die daraus abgeschöpft werden steigen aber um 232 %, was auf den untauglichen Versuch hinausläuft, den Haushalt unter anderem auf Kosten der Umwelt zu sanieren.

Umweltpolitik ist das keine. Die müsste die Frage beantworten, was zum Schutz von Natur und Landschaft, menschlicher Gesundheit und Sachgütern unternommen und investiert werden muss.

Angesicht einer drohenden Umweltkatastrophe darauf keine Antwort zu haben, bzw. sich mit der Anschaffung eines Elektroauto davon zu verabschieden, ist eine Verhöhnung dieser existenziellen Frage.

In all diesen Punkten ist der Haushalt regelrecht mit Scheuklappen versehen.

Wir anerkennen durchaus die einzelnen Anstrengungen, z.B. im Bereich Schulsanierung, aber im ganzen erinnert die Vorlage an einen Rennen zwischen Hase und Igel.

Zukunftsorientierte Politik geht mit diesem Haushalt nicht.